Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.
Redaktion: Johannisgasse 8. Sprechstunden: 5—6 Uhr Nachm. Fernsprecher: 153.
Expedition: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 222.
Filialexpeditionen: Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046). L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2935) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7505).
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.)

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen: Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 337. Dienstag den 5. Juli 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Auswärtige Blätter bringen gegenwärtig wieder die Nachricht, daß für den Herbst eine Zusammenkunft des Kaisers Franz Joseph mit dem König Georg geplant sei. Wir können hierzu mitteilen, daß über diesen Plan im Dresdener Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten absolut nichts bekannt ist.

* Im Leipziger Johannistale schoß gestern Nachmittag der 21jährige Buchdruckereiarbeiter Ackermann der gleichaltrigen Arbeiterin Köhler zwei Kugeln in den Kopf und erschoß sich dann selbst. (S. Leipz. Angel.)

* Der preußische Landtag wurde gestern Nachmittag vertagt. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am 25. Oktober, die des Herrenhauses Mitte November statt. (S. Preuß. Landtag.)

* Als Termin, an dem die neuen Handelsverträge in Kraft treten sollen, wird jetzt der 1. April 1905 genannt.

* Der Petersburger Berichterstatter des „Standard" meldet, es sei das Gerücht im Umlauf, Kuropatkin habe Kuroki erfolgreich zurückgeschlagen, aber mit Verlust von 17 000 Mann.

* Liaujang, das russische Hauptquartier, ist infolge der eingetretenen Regenperiode überschwemmt. Die Japaner sind genötigt, sich in das Gebirge zurückzuziehen. (Siehe russisch-japanischer Krieg.)

„Das Meer macht frei."

Georg Herwegh war es, der in den deutschen Sturmjahren von dem Meer, das frei macht, sang. Er gab damit nur die Stimmung seiner ganzen Generation wieder. Die Frankfurter Nationalversammlung von 1848, so sehr sie in ihren politischen Anschauungen auseinanderging, war einig in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer deutschen Flotte. Man sah in der Schaffung einer Flotte ein politisches Einigungsmittel, aber man sah in ihr auch eine Bürgschaft der Freiheit. „Das Meer, das bewegliche Element", so äußerte sich ein liberaler Mann in Frankfurt, „leidet keine Stagnation, weder im sozialen, noch im politischen Leben". In einer deutschen Flotte sah er die Bürgschaft für unser materielles Wohlergehen, unsere politische Kraft und Freiheit.

„Das Meer macht frei" ist auch das Motto, das Ludwig Flatau seiner soeben erschienenen Broschüre „Weltpolitik und Flottenpläne" (Berlin, Leonhard Simion Nachf.) vorsetzt. Es ist eine Schrift, die gelesen zu werden verdient. Der Verfasser kennt nicht bloß die Geschichte, sondern er weiß auch aus ihr zwingende Lehren zu ziehen. Er beherrscht seinen Stoff in vollem Maße, und er weiß ihn zugleich in eine geschickte Form zu gießen, so daß man den Ausführungen mit Vergnügen folgt. Die eigentliche Aufgabe, die sich Flatau stellt, liegt in dem Nachweise, daß die deutsche Flotte ursprünglich eine Forderung des liberalen Bürgertums war und daß die kühle Zurückhaltung, der wir heute bei einem Teile des Bürgertums begegnen, unberechtigt sei. Gerade wer — über Fraktionsprogramme und Parteiparolen hinweg — liberal denkt, wer eine stärkere Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse unseres Bürgertums fordert, der wird sich der Notwendigkeit einer starken Flotte nicht verschließen können.

Man könnte sagen, daß Flatau offene Türen einstößt. Und soviel ist gewiß, daß heute die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, unsere Seemacht so stark als möglich zu machen, einen viel breiteren Boden im deutschen Bürgertum hat, als noch vor fünf Jahren. Insofern sind die bitteren Lektionen, die wir seit dem Burenkriege erhalten haben, nicht ohne Wirkung geblieben. Aber es wäre zu viel gesagt, wollte man behaupten, daß der Widerspruch gegen einen beschleunigten Bau der deutschen Flotte schon verstummt wäre. Besonders die freisinnige Volkspartei hält noch immer an ihrer ablehnenden Haltung den „uferlosen" Flottenforderungen gegenüber fest und freut sich jedes Abstriches am Flottenetat als einer großen Tat.

Vielleicht werden die Ausführungen Flataus gerade in diesen Kreisen nicht ungehört verhallen. Denn immer und immer wieder weist er darauf hin, daß es für diejenigen politischen Parteien, welche das deutsche Bürgertum vertreten, eine geschichtliche und wirtschaftliche Notwendigkeit ist, die Flottenpläne und die Ausdehnung der deutschen Seegeltung zu fördern. Muß doch gerade die Förderung einer großzügigen Weltpolitik in letzter Linie auch einer freiheitlichen Gestaltung der vaterländischen Dinge zu gute kommen. Der blinde Autoritätsglaube kann nicht gründlicher als dadurch erschüttert werden, daß den Volksgenossen an so und so vielen Stellen der Erde der Satz: „Es geht auch anders!" mit der vollen Wucht gehäufter Tatsachen gegenübertritt. Die stetig wachsende Berührung mit dem anders gearteten Auslande drängt zu immer erneuter Prüfung des von den Vätern überkommenen Erbes und damit zu dem Fortschritt zur Freiheit.

Freilich hebt der Verfasser zugleich hervor, daß heute ein erstaunliches Mißverhältnis zwischen wirtschaftlicher und politischer Bedeutung unseres Bürgertums besteht. Aber er weist auch darauf hin, daß wirtschaftliche Veränderungen die entsprechende politische Veränderung nur langsam nach sich ziehen. So lange Deutschland in der Hauptsache ein Agrikulturstaat war, mochte eine die übrigen Berufsklassen beherrschende Stellung der Landwirtschaft dem Gesamtinteresse der Nation nicht widersprechen. Unter den gründlich veränderten Verhältnissen der Neuzeit ermangelt ein solches Verhältnis des inneren Haltes. Flatau sieht die Grundlage dieses Verhältnisses zu einem sehr erheblichen Teile in dem persönlichen Einfluß, den die Spezialvertreter der grundbesitzerlichen Interessen im Staatsdienst, am Hofe und im Heere auf die Krone auszuüben vermögen. Eben deshalb tadelt er es auch, daß der Liberalismus gerade in Deutschland grundsätzlich darauf verzichtet habe, sachliche und loyale Einwirkungen auch auf die persönlichen Meinungen des Trägers der Krone zu versuchen. Fehle doch heute dem liberalen Bürgertum jede Neigung und jedes Interesse, Einschränkungen der verfassungsmäßigen Einflußsphäre der Kaisergewalt anzustreben; habe doch umgekehrt die Kaisergewalt schon in ihrer ehrwürdigen Glanzzeit die treuesten Verteidiger im Schooße der deutschen Städte, bei den deutschen Bürgerschaften gefunden.

Mag man nun von einer solchen persönlichen Einwirkung auf den Träger der Krone viel oder wenig erhoffen, so hat der Verfasser darin jedenfalls recht, daß die äußere Machtstellung des Reiches eine stärkere Rücksichtnahme auf die Interessen von Handel und Industrie unbedingt nötig macht. Das Gemeininteresse des Reiches müsse eine Umkehr von den Wegen, die uns das Agrariertum und eine die Ideen agrarischer Gesetzgeber ungeschickt formulierende Bureaukratie gewiesen hat, müsse die Rückkehr zu den Grundsätzen des Liberalismus erzwingen. Möge man die notwendigen Folgerungen aus der eingeleiteten Weltpolitik ohne Verzug und bewußt ziehen, oder mögen sie sich selbst als innere Konsequenzen aus der ganzen Situation aufzwingen: in jedem Falle müsse der einmal von der Reichsleitung betretene Weg eine Gestaltung der Dinge heraufführen, die den Ideen und Grundsätzen des Liberalismus mehr entspricht.

Aus den weiteren Ausführungen des Verfassers, die wir hier nur streifen können, sei noch besonders hervorgehoben, daß eine großzügige Weltpolitik besonders auch einen starken Einfluß auf die sogenannte sozialistische Gefahr ausüben muß. „Man darf bezweifeln", schreibt Flatau, „ob es gegen den so eminent kulturfeindlichen Faktor, den wir in der sozialistischen Bewegung erkennen, irgend ein wirksameres Gegenmittel gibt, als die Mehrung des Nationalwohlstandes, für die heute die Mehrung der äußeren Machtstellung des Reiches eine wesentliche Voraussetzung bildet."

Wie man sieht, sind es die besten Traditionen des deutschen Bürgertums, an welche der Verfasser anknüpft, um für eine stärkere deutsche Flotte einzutreten. Und zweifellos, wer heute die Weltlage unbefangen betrachtet, wer sich durch den Lärm des Tages nicht von den großen Zielen des deutschen Volkes abwendig machen läßt, der wird, gerade wenn er liberal empfindet, dieser Forderung einer größeren Seegeltung des Deutschen Reiches zustimmen müssen. Mag immer die Hoffnung auf einen Umschwung in unseren inneren Politik heute gering sein: die Zeit wird kommen, wo der frische Seewind auch die dumpfen Nebel verscheucht, die heute das deutsche Volk bedrücken.

Der russisch-japanische Krieg.

Eine amtliche Meldung aus Tokio lautet: Es sind Gerüchte verbreitet, daß am Abend des 12. Juni drei bei Litiadung liegengebliebene russische Verwundete von der angreifenden japanischen Kavallerie in roher Weise gemartert worden seien. Aber nach dem amtlichen Bericht des Generalstabschefs der zweiten Armee hat am 12. Juni nirgendwo weder eine Schlacht noch ein Zusammenstoß der Kavalleriepatrouillen stattgefunden. In der Schlacht in der Nähe von Waffangtscheng am 15. Juni behandelten die russischen Soldaten unsere Gefallenen und Verwundeten grausam. Die verwundeten russischen Offiziere und Soldaten, die gefangen genommen wurden, zeigen sich im höchsten Grade gerührt von der aufmerksamen Behandlung, die wir ihnen von unserer Seite zu Teil werden lassen. Von den Leichen des Feindes ist nicht eine einzige, wie fälschlich berichtet wurde, in irgend einer Weise verstümmelt worden; sie sind alle sorgfältig beerdigt. Ein weiterer Bericht des Generalstabschefs der zweiten Armee besagt, daß am 15. Juni sechs Kundschafter des 18. Artillerie-Regiments bei Tschengsuchan ein Scharmützel mit 15 feindlichen Kundschaftern hatten und daß, als unsere Leute getötet waren, die Feinde mit den Bajonett nach den Augen und dem Munde der Toten stießen und ihnen die Börsen und Kleidungsstücke raubten. Am 27. Juni wurde ein Soldat des 3. Kavallerieregiments namens Kobayashi durch Schüsse vom Feinde verwundet, als er an einen ungefähr 4 Kilometer nordöstlich von Hsiuyetscheng entfernten Punkte Posten stand. Sobald er vom Pferde gefallen war, umringten ihn etwa 20 Mann der feindlichen Kavallerie und durchbohrten ihn mit den Lanzen und ergingen sich in Rohheiten, indem sie ihm einige Körperteile abhieben. Unsere Kavallerie kam jedoch plötzlich hinzu und brachte den Leichnam an sich, während der Feind floh.

Vom Wladiwostok-Geschwader.

London, 4. Juli. Wie aus Tokio gedrahtet wird, suchte sich Admiral Kamimura am Freitag und Sonnabend bei Tinschima und Ofischima in der Koreastraße dem dort aufgetauchten russischen Geschwader von Wladiwostok zu nähern, indem er der Torpedoflottille Befehl zum Angriff um jeden Preis gab. Die Russen verhinderten die Absicht, indem sie zunächst sämtliche Scheinwerfer auf die heranfahrenden Schiffe richteten, dann aber plötzlich alle Lichter auslöschten und in der Dunkelheit mit unbekanntem Kurse davonfuhren.

Zweifel an Deutschlands Neutralität.

Die „Times" erfahren aus Tokio vom 3. Juli: Das führende Tokioer Blatt schreibt, obwohl wir Vertrauen zur Neutralität Deutschlands haben, hegen wir doch die Besorgnis, daß es einwilligen könnte, dem Port Arthur-Geschwader zu gestatten, Zuflucht in Kiautschau zu suchen, wo die Russen ihre Geschütze landen und ihre Schiffe retten könnten. Sollte Deutschland ein solches Verfahren einschlagen, so würde Japan ungern gezwungen sein, es als Bundesgenossen Rußlands zu betrachten und an die Bedingungen des englisch-japanischen Bündnisses zu appellieren.

Die Japaner werden gut tun, sich mehr um das Wladiwostok-Geschwader Sorge zu machen, als um Deutschlands Neutralität.

Russische Meldung über die Lage der Japaner.

Aus Liaujang wird dem „B. L.-A." gemeldet: Die Verluste der Japaner bei den Kämpfen am Dalienpaß haben 6000 (?) Mann betragen, bei dem Gefecht mit dem General Mirschtschenko 1500 Mann. Charakteristisch war in diesem Treffen, daß die Japaner den Bajonettkampf annahmen. Die Bajonette der russischen Schützen waren jedoch vernichtend für sie. Ein gefangener Japaner klagt über Mangel an Proviant im japanischen Lager. Man sei dort oft zwei Tage ohne Nahrung, was auch die Chinesen bestätigen. Alle Proviantransporte werden der Armee aus Japan zugestellt und sind daher großen Zufälligkeiten unterworfen.

Einfluß der Regenperiode auf die Kriegführung.

Aus Taschitschiaw wird gemeldet, daß ein zweitägiger wolkenbruchartiger Regen die ganze Mantschurei unter Wasser setzte. Neben den Eisenbahnlinien fließen wieder reißende Bäche. Die russischen Soldaten schlafen im Wasser, bei den Japanern wütet die Cholera. Die Truppen müssen die Höhen aufsuchen.

Eine Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Liaujang vom 3. Juli besagt, da der Kriegführung durch Regenfälle ein Ende gesetzt sei, seit Kuropatkin nach Haitschang zurückgekehrt. Die Meldung, daß die Russen den Delin-Paß wieder genommen hätten, sei verfrüht: weder die Japaner noch die Russen könnten an den Paß in genügender Stärke herankommen, um die tatsächliche Besetzung auszuführen, da tiefer Schlamm die Fortbewegung der Geschütze und des Trains unmöglich mache. Die beiden Armeen befänden sich nunmehr im Biwak auf beiden Seiten des Passes.

Kuropatkins „Mantschurische Armeezeitung".

bestreitet, wie dem „B. L.-A." aus Liaujang gemeldet wird, daß bei Port Arthur ein russischer Dampfer untergegangen sei. Es sei nur ein Dampfer unbedeutend beschädigt worden. Die gesamte japanische Streitmacht, die zum Angriff auf die Mantschurei-Armee bestimmt ist, wird aus 8—9 Divisionen und einigen Reservebrigaden bestehend, angegeben. Seitliche Patrouillen stehen 40 Werst südöstlich von hier. Takuschan ist noch in russischen Händen, Liaujang ist von Regengüssen völlig überschwemmt.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 4. Juli.

* **Die Regierung und die Missionen.** Die Rheinische Missionsgesellschaft hatte an den Reichskanzler eine längere Eingabe gerichtet, worin sie sich gegen die von ihm in der Reichstagssitzung vom 9. Mai erhobenen Vorwürfe gegen einzelne Missionare verteidigte. Diese Vorwürfe seien leider verallgemeinert worden. Die Eingabe betont am Schluß die Ergebenheit der Missionare gegen die Obrigkeit und das Vaterland. Der Reichskanzler hat laut „Köln. Zeitung" der Missionsgesellschaft wie folgt geantwortet:

Dem Vorstand der Rheinischen Missionsgesellschaft beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 27. v. M. ergebenst zu erwidern, daß die Worte, mit denen ich in der Reichstagssitzung vom 9. Mai das Verhalten einzelner Missionare bei Ausbruch des Herero-Aufstandes in Südwestafrika besprochen habe, bei dem Vorstande eine tendenziöse Auslegung gefunden haben. Ich bin weit davon entfernt gewesen, unter Verkennung der Verdienste der Rheinischen Mission um die Begründung und Entwickelung der deutschen Schutzherrschaft und die Ausbreitung der Kultur in Deutsch-Südwestafrika, eine abfällige Kritik an der Mission selbst oder an der Gesamtheit der Missionare zu üben. Auf der anderen Seite läßt sich nicht in Abrede stellen, daß einzelne Missionare, als sie Anschuldigungen schwerwiegender Natur gegen ihre Landsleute in einem Augenblick veröffentlichen, wo die letzteren sich den unerhörten Greueln der Herero ausgeliefert sahen, mit der berechtigten nationalen Empfindung des Unwillens und der Entrüstung über diese Greuel sich in Widerspruch gesetzt haben. Ich habe unter Betonung meiner Hochachtung für die Mission im allgemeinen ausdrücklich hervorgehoben, daß ein solcher Vorwurf nur einzelne Missionen treffe, und es gereicht mir zur besonderen Genugtuung, feststellen zu können, daß die Ausführungen des Vorstandes über die Stellung der Missionare zu den nationalen Fragen und über ihre Pflichten gegenüber ihren Landsleuten in den Kolonien mit meiner eigenen Auffassung sich in vollem Einklang befinden.

* **Ueber Beamten-Konsumvereine** schreiben die „Berl. Pol. Nachr.", wie man annehmen kann, in höherem Auftrage: „Neuerdings werden wieder verschiedentlich Klagen über Beamten-Konsumvereine laut. Die Reichsverwaltung steht diesen Vereinen gegenüber auch noch jetzt auf dem Standpunkte, daß an dem Grundsatze strenger Neutralität festgehalten und eine amtliche Unterstützung solcher Vereine und Veranstaltungen, sei es in sachlicher wie in persönlicher Beziehung, nur da als angängig erachtet wird, wo eine Konsumanstalt in direktem Zusammenhange mit einer Betriebsverwaltung des Reiches steht und ein besonders dienstliches Interesse und besonders die Fürsorge für die in solcher Betriebsverwaltung beschäftigten Arbeiter oder Beamten die erforderliche Unterstützung geboten erscheinen läßt. Auch wird in der Regel da, wo aus dienstlichen Gründen die amtliche Einrichtung oder Förderung einer Konsumanstalt gerechtfertigt ist, darauf Bedacht genommen, daß sich der Kreis der durch die Konsumanstalt zu vertreibenden Waren im wesentlichen auf Gegenstände des alsbaldigen Verbrauchs beschränkt. Was die Beteiligung von Reichsbeamten an den Verwaltungsgeschäften von Konsumvereinen u. dergl. angeht, so ist eine dienstliche Einwirkung nur im Rahmen des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, möglich. Ein gänzliches Verbot der Beteiligung von Beamten an Vereinen der bezeichneten Art, wie dies neuerdings auch verlangt wird, würde aber die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten auf dem Gebiete wirtschaftlicher Selbstbestimmung ohne innere Berechtigung erheblich beeinträchtigen. Was jedem Staatsbürger erlaubt ist, darf dem Beamten nicht verwehrt werden, soweit ihn nicht dienstliche Interessen oder die Rücksicht auf seinen Stand besondere Schranken auferlegen. Die Behauptung, daß der Beamte, weil er aus den Taschen der Steuerzahler besoldet wird, seine Ausgaben auch wieder den Steuerzahlern zu gute kommen lassen müsse, entbehrt jeder Begründung. Mit dem gleichen Rechte könnte jeder Arbeitgeber verlangen, daß der Arbeiter seine Löhne, soweit sich die Möglichkeit hierzu bietet, bei ihm wieder umsetze." Wir sind gerade der Meinung, daß es mehr an der äußeren als der inneren Berechtigung zum Einschreiten gegen Beamtenkonsumvereine mangelt. Ganz gewiß haben die Beamten der Allgemeinheit der Steuerzahler gegenüber eine andere Stellung und andere Verpflichtungen als jeder Privatmann.

* **Buchdruckerverband und sozialdemokratische Gewerkschaften.** Ein neuer Erisapfel ist zwischen das Organ des Buchdruckerverbandes und dem Zentralblatte der sozialdemokratischen Gewerkschaften niedergefallen. Der „Correspondent" hatte nämlich behauptet, daß verschiedene Gewerkschaftsblätter in Druckereien hergestellt würden, die nicht tariftreu seien. Das gewerkschaftliche Zentralblatt druckt als Antwort hierauf eine Liste der Gewerkschaftsblätter ab, und zeigt durch Hinzufügung der Druckfirma, daß sämtliche in tariftreuen Druckereien hergestellt werden. Es handelt sich dabei um die sozialdemokratischen Verbände. Ob der „Correspondent" Organe von Gewerkschaften anderer Richtung zum Beweise für seine Behauptung ausfindig machen kann, bleibt abzuwarten.

* **Deutschland voran!** In den internationalen Telegraphenvertrag sind u. a. über die zwischen Ländern des europäischen Vorschriftenbereichs gegen ermäßigte Gebühren auszutauschende Preßtelegramme in die Ausführungs-Uebereinkunft besondere Bestimmungen aufgenommen worden. Deutschland wird diese Bestimmungen für seinen Telegraphenverkehr nur insoweit anwenden, als sie sich auf die Beförderung von Preßtelegrammen im Durchgange durch Deutschland beziehen. Für den Transit sind die vollen Gebühren anzurechnen. Die Preßtelegramme tragen am Anfange des Kopfes das Zeichen Z und außerdem vor der Adresse die gebührenpflichtige Angabe „Presse" („Presse"). Sie werden nur in der Zeit von 6 Uhr abends bis 9 Uhr morgens angenommen und nach der Reihenfolge ihrer Auflieferung oder Aufnahme zwischen den Privattelegrammen befördert. Hierzu bemerkt der „Zeitungsverlag": „Aus dem Amtsdeutsch übersetzt, heißt das: Weil bei uns die Post jetzt auch regiert, statt verwaltet wird, machen wir den Verkehrsfortschritt der halben Gebühren für Zeitungstelegramme natürlich nicht mit."

— Den Direktor bei der Oberrechnungskammer Vizepräsidenten Grafen v. d. Goltz ist der Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Exzellenz verliehen worden.

*

* **Bremen**, 3. Juli. Die hiesigen Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker sind in den Ausstand getreten.

* **Koburg**, 4. Juli. Das Staatsministerium, welches bisher drei Mitglieder zum Landwirtschaftsrate ernannte, ernannt seit dem 1. Juli 5 Mitglieder dazu, nämlich als neue Mitglieder den Landestierarzt und den Direktor der Landwirtschaftlichen Winterschule in Koburg. Ferner bestimmte das Ministerium, daß der jeweilige Vorsitzende des Verbandes der landwirtschaftlichen Vereine für Koburg als solcher Mitglied des Landwirtschaftsrates sein soll.

W. **Stuttgart**, 3. Juli. Prinz Johann Georg von Sachsen ist aus Dresden hier eingetroffen und hat bei seinem Schwager, Herzog Albrecht von Württemberg, Wohnung genommen. — Die gestern hier vorgenommene Zählung der Arbeitslosen hatte ein erfreuliches Resultat. Es meldeten sich nur 229 männliche Personen (im Vorjahre 491) als arbeitslos; weibliche Arbeitslose meldeten sich überhaupt nicht. Von „Krisis" und „schlechten Zeiten" kann somit keine Rede sein. — Die deutschparteiliche Presse und auch das Hauptorgan der Volkspartei („Beobachter") wenden sich gegen die maßlosen Uebertreibungen der Sozialdemokratie in der Protestbewegung gegen die Erste Kammer. Den sozialdemokratischen Führern, die mit dem Gedanken der Revolution spielen und grobe Schimpfreden gegen die Standesherren vorbringen, wird „jede Spur von politischer Klugheit" abgesprochen. — Die jüngst durch die Blätter gegangene Nachricht, daß die Regierung die Aufhebung der die Feuerbestattung hindernden Bestimmungen beschlossen habe, findet nun amtliche Be-